Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 448 Abendblatt. Mittwoch, den 25. September. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 24. September. Nach Ernennung des jetzigen Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes Delbrück war schon in einer Berliner Korrespondenz der „D. Allg. Ztg." dem Grafen Bismarck der Plan aufoktroyirt worden, durch Ernennung der hervorragendsten Beamten aus den preußischen Ministerien zu Mitgliedern des Bundesraths und mit Hülfe des Bundesraths den Einfluß der Ressortminister in den wichtigsten Regierungsangelegenheiten zu beschränken. Schon damals hatte ich Veranlassung genommen, diese unbegründete Kombination zu widerlegen und darauf hinzuweisen, daß beispielsweise in Militärangelegenheiten, die doch einen Haupttheil der Bundesverwaltung bilden, das Schwergewicht nicht beim Bundesrath liegt, sondern beim Bundesfeldherrn. Von einem Kompetenzkonflikt zwischen Bundesrath und dem preußischen Ressort-Ministerium kann für diesen Geschäftskreis also gar keine Rede sein. Die Ausschußmitglieder für das Landheer, die Festungen und das Seewesen werden nach Art. VIII der Bundesverfassung nicht vom Bundesrath oder Präsidium berufen, sondern vom Bundesfeldherrn ernannt. Der Abschnitt XI der Bundesverfassung, Art. 62 bis 65 und 68 enthalten noch weitere Befugnisse des Bundesfeldherrn. Aber auch bezüglich anderer Verwaltungszweige ist daran zu erinnern, daß Graf Bismarck die Nothwendigkeit eines Zusammengehens des Bundeskanzlers mit den preußischen Ministern hervorgehoben. In einer am 26. März gehaltenen Rede sagte Graf Bismarck: „Es ist Sache des Bundeskanzlers, sich mit seinen Kollegen, den preußischen Ministern, in derjenigen Fühlung zu erhalten, daß er in erheblichen politischen Fragen weiß, wie weit er im Bundesrath gehen kann, ohne daß er der Unterstützung des preußischen Gesammt-Ministeriums verlustig geht"; ferner in einer andern an demselben Tage gehaltenen Rede sagte er: „Es ist undenkbar, daß das Verhalten des Bundeskanzlers dauernd und in wichtigen Fragen des Einverständnisses des preußischen Ministeriums entbehren könnte." — Ein hiesiges Blatt, die „Post", hat gestern die Thatsache, eines früher gegen Einführung des einheitlichen Briefporto-Tarifs von einem Groschen vom Finanzminister erhobenen Widerspruchs und des jetzt bevorstehenden Antrags auf Annahme dieses Tarifs, mit der Voraussetzung zu erklären versucht, daß der angeblich auch jetzt noch entgegenstehende Wille des Finanzministers von dem Ministerial-Direktor Geh. Ober-Reg.-Rath Günther in dessen Eigenschaft als Mitglied des Bundesraths umgangen worden sei. Diese Behauptung läßt sich schon thatsächlich leicht widerlegen; denn die Gesetzesvorlage wegen des neuen einheitlichen Briefporto-Tarifs soll ja erst dem Bundesrath zugehen und ist bis jetzt nur von dem preußischen Ministerium beschlossen worden. Abgesehen aber von den allgemeinen Gründen gegen die Einbringung von Anträgen im Bundesrath ohne Zustimmung der Ressortminister hat faktisch der Finanzminister seine Bedenken gegen den Ein-Groschen-Tarif fallen lassen, weil die Verhältnisse sich geändert haben. Nach der bedeutenden Erweiterung des Postgebietes durch den Bund ist der Ersatz des Ausfalls durch Steigerung der Posteinnahmen mit Sicherheit zu erwarten, wobei eine Beschränkung der Postverwaltung auf das frühere preußische Staatsgebiet nicht in Aussicht stand. — In meiner gestrigen Korrespondenz hatte ich gemeldet, daß eine Regulirung der Vermögens-Auseinandersetzung mit König Georg von Hannover in Aussicht stehe. Die „Kreuzzeitung" ging darin weiter und meldete schon den im Wesentlichen erfolgten Abschluß nebst Details der Verhandlungen und vereinbarten Abfindung. Nach näheren Informationen dürfte die „Kr.-Z." doch den Thatsachen vorausgeeilt und die Zustimmung des Exkönig Georg nicht nur nicht erfolgt, sondern nicht einmal mit Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit zu erwarten sein. Auch im Fall fernerer Ablehnung der von Preußen gemachten Vorschläge wird jedoch die preußische Regierung eine Regelung der Vermögensverhältnisse eintreten lassen, damit endlich die Angelegenheit zum Abschluß komme.

Berlin, 24. September. Gestern fand eine Sitzung des Ausschusses des norddeutschen Bundesrathes für Rechnungswesen statt, in welcher ein Antrag Sachsens wegen Annahme von Staatspapiergeld und Banknoten bei der Bundeskasse und den Kassen der Bundesverkehrsanstalten, zur Berathung kam.

— Der Ausschuß des norddeutschen Bundesrathes für Justizwesen versammelt sich heute zur Feststellung d:s Berichts über den Antrag auf Ernennung einer Kommission zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Civilprozeß-Ordnung.

— Ueber die gestrige Sitzung des Bundesraths ist nach hiesigen Morgenblättern Folgendes zu berichten: Den Vorsitz führte der Bundeskanzler. Anstatt des Grafen Beust', der aus Gesundheitsrücksichten um seine Enthebung gebeten hat, ist der Staatsminister von Krosigk zum Bevollmächtigten für Sachsen-Meiningen ernannt worden. Der Entwurf des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst wurde durchberathen und mit den von dem Ausschusse befürworteten Aenderungen angenommen; desgleichen des Gesetzes betreffend die Nationalität der Kauffahrteischiffe. Der Antrag Preußens, daß der Bundesrath sich damit einverstanden erkläre, daß das Präsidium mit Italien über den Abschluß eines Schifffahrtsvertrages in Unterhandlungen trete, wurde angenommen und auf Empfehlung des Ausschusses zugleich das Präsidium ersucht, bei diesen Verhandlungen dahin zu wirken, daß die Gültigkeit des zwischen dem Zollverein und Italien am 31. Dez. 1865 abgeschlossenen Handelsvertrages auf sämmtliche Staaten des norddeutschen Bundes ausgedehnt werde.

Berlin, 24. Septbr. (Norddeutscher Reichstag.) 7. Sitzung. (Schluß.) Abg. Aegidi für den Entwurf. Es sei Pflicht des Reichstages, die in den weiteren Kreisen des Volkes herrschenden Gesinnungen, wie es in der Adresse geschehen, zum Ausd uck zu bringen. Die süddeutschen Brüder müssen erfahren, daß sie mit offenen Armen empfangen werden, wenn sie kommen wollen. — Abg. Günther (Sachsen) vermißt den Anlaß für die Adresse, zu welcher auch die Thronrede nicht auffordere. Redner stößt sich ebenso wie der Abg. Ziegler an dem Eingang der Adresse, wiewohl er sich nicht prinzipiell gegen die Bundesverfassung erklären will. Man soll nicht so unbedingt den Dank für eine Verfassung aussprechen, welche aller konstitutionellen Rechte ermangele. Der Süden, sagt der Redner, ist mit hundert Adressen nicht zu gewinnen, wenn der Reichstag nicht mit allen Kräften, mit Unterordnung jedes auch des preußischen Interesses, den konstitutionellen Bundesstaat anstrebt. Dem Auslande gegenüber sei es nicht der richtige Ton, welchen die Adresse anschlage, wenn sie von Zurückweisung einer Einmischung spreche, so lange eine solche nicht eingetreten sei. — Abg. Braun (Wiesbaden) tritt Denjenigen entgegen, welche in der Bundesverfassung nur Mängel finden und dieselbe für einen Mantel halten, der aus Löchern zusammengesetzt sei. Das nationale Werk müsse derelinquirt werden oder man müsse sich dazu entschließen, auf der gegebenen Grundlage fortzubauen. Die Verhältnisse hätten sich mittlerweile schon geändert, wiewohl er vor den wirklichen Mängeln die Augen nicht verschließe. Die Früchte, welche die Verfassung bringe, treten jetzt schon zu Tage. Glaube man etwa, daß der selige Bundestag uns bis heute die Freizügigkeit gebracht haben würde? Hat dieser Bundestag jemals sich der Kauffahrteischiffe angenommen? Was das Ausland betreffe, sagt Redner, so werde dasselbe durch die Adresse in keiner Weise provocirt. Die deutsche Nation sei niemals den Einheitsbestrebungen anderer Völker entgegengetreten, wolle aber auch nicht unter den anderen allein das Aschenbrödel sein. Das gleiche Recht verlange das deutsche Volk für sich, wie es die anderen Völker in Anspruch genommen haben. Die Adresse müsse erlassen werden, wenn man auch früher im parlamentarischen Leben bezüglich der Mitwirkung bei politischen Angelegenheiten böse Erfahrungen gemacht habe. Der passive Widerstand dürfe nicht Platz greifen, man müsse mitrathen, wo man nicht mitthaten könne. Der Mangel der konstitutionellen Rechte werde die süddeutschen Brüder gerade nicht sehr stutzig machen. Vor dem norddeutschen Konstitutionalismus habe der Süddeutsche keinen sehr großen Vorsprung, wie er als Süddeutscher konstatiren könne. Man habe gesagt, man solle die Arme kreuzen und an die Arbeit gehen, ohne zu bedenken, daß man mit gekreuzten Armen nicht arbeiten könne. Redner empfiehlt die Annahme des Entwurfs. — Abg. Schaffrath ist gegen Erlaß einer Adresse, für welche er den politischen Nutzen vermißt. Die Bewilligung des Etats sei eine beredtere Adresse als der vorgelegte wortreiche Entwurf. Die Adresse sei nicht zeitgemäß, man solle abwarten, bis die süddeutschen Staaten einen Antrag auf Eintritt in den norddeutschen Bund stellen würden. Das Volk sei nicht einverstanden mit den Mitteln, durch welche die bisherigen Erfolge erreicht seien. Lasten und Kosten seien die einzigen bisherigen Errungenschaften. (Murren.) — Es ist ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion eingegangen, welcher ausreichend unterstützt wird.

Correferent Graf Stolberg-Wernigerode: Einen Gedanken möchte ich nur noch hervorheben, weshalb ich einen ganz besonderen Werth darauf lege, daß die Adresse angenommen werde, nämlich weil bei den Verhandlungen über dieselbe die alten Parteistellungen vergessen worden sind, weil die Herren von der nationalen Partei uns dabei die Hand gereicht haben, so daß wir hoffentlich nicht wieder auseinander kommen werden; damit das engere und weitere deutsche Vaterland erkenne, daß eine große Majorität im Hause feststeht und einmüthig zusammengeht. Wir wissen Alle, daß die Bundesregierungen Alles machen werden, was gemacht werden kann. Deutschland soll aber auch wissen, daß hier im Reichstage eine Majorität besteht, die den Bundesregierungen bei ihrem schweren Amte zur Seite steht. Nehmen Sie die Adresse an, und die Unterschriften werden zeigen, daß wir das Ja und Amen darauf gedrückt haben. Die Generaldebatte wird geschlossen und die Spezialdebatte eröffnet.

Bei Al. I. empfiehlt Abg. Reichensperger ein von ihm gestelltes Amendement und bekämpft den betreffenden Passus des Adreßentwurfs als unrichtig, überflüssig und schädlich.

Abg. Kantak: Schon im konstituirenden Reichstage haben wir Protest dagegen erhoben, daß wir Polen in den norddeutschen Bund mit einverleibt würden, es ist dies aber trotzdem gegen unsern Wunsch und Willen und unter Verletzung der uns garantirten Rechte geschehen. Die Einverleibung ist thatsächlich vollführt; wir haben damals unser Mandat niedergelegt; durch unsere Wiederwahl haben unsere Wähler ihre Uebereinstimmung mit unserm Verhalten ausgesprochen. Als Abgeordnete der polnischen Bevölkerung legen wir Protest ein gegen den norddeutschen Bund, nicht gegen ihn als staatliche Bildung, sondern als nationale Einheit. Und wenn wir trotzdem hier wieder Platz genommen haben, so geschah es nur, um kein Mittel unversucht zu lassen, um auf gesetzlichem Wege das Recht, den Wunsch und Willen der polnischen Bevölkerung zur Geltung zu bringen und ihre Interessen zu wahren. — Abg. Bebel (gegen Alinea 1): Nachdem beschlossen worden ist, eine Adresse anzunehmen, hätte ich auch erwartet, daß man sich darin an die wahren Thatsachen gehalten hätte, und da würde man gefunden haben, daß die deutsche Politik, die man hier so sehr erhebt, keine so rühmens- und lobenswerthe ist. Ich muß mich überhaupt dagegen verwahren, daß der Reichstag im Namen der Nation sprechen will. (Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.) — Präsident Dr. Simson (den Redner unterbrechend): Und ich muß den Reichstag verwahren gegen den Ausspruch des Hrn. Redners; es giebt kein anderes Organ der Nation, das die Nation in dem Maße zu vertreten berechtigt wäre, wie der Reichstag. — Abg. Bebel: Wenn der Herr Präsident meine Motivirung erst angehört hätte, würde er gesehen haben, daß ich im Rechte bin, da ich die Interpretation eines Herrn Vorredners zurückweisen wollte, der den norddeutschen Reichstag als Organ der gesammten deutschen Nation hinstellen wollte — Präsident Simson: Ich habe den Redner so verstanden, als ob er dem Reichstag die Vertretung des norddeutschen Bundes absprechen wollte. (Ruf links: Nein! Nein!) Um so besser. — Abg. Bebel (fortfahrend): Der norddeutsche Reichstag vertritt nur einen Theil der Nation. Wenn man in der Adresse so sehr die Vortheile und Erfolge des norddeutschen Bundes hervorhebt, hätte man auch der Nachtheile und Verluste mit ein Paar Worten gedenken sollen. Und da wäre zunächst zu beklagen gewesen der Verlust Luxemburgs für Deutschland. Der zweite Verlust steht noch in Aussicht, der Verlust der Grenzmarken von Deutschland, der nordschleswigschen Distrikte. — Ich kann mich deshalb mit der Adresse, die in so wahrheitswidriger Weise Alles verherrlicht, nicht einverstanden erklären.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich nehme nur das Wort, um einem weitverbreiteten, auch vom Vorredner angeregten Irrthum entgegenzutreten, als ob Luxemburg losgerissen wäre von Deutschland seit Begründung der norddeutschen Verfassung. Das ist nicht richtig. Luxemburg befindet sich noch ganz in derselben Situation wie vorher; es hat noch dieselbe Verfassung, dieselbe Dynastie wie früher. Nur das Garnisonrecht, welches der König von Preußen in Luxemburg hatte, ist jetzt aufgegeben. Es ist aber nicht wahr, daß Luxemburg nun von Deutschland losgerissen sei oder eine gelockertere Stellung jetzt einnehme, als nach Zerfall des deutschen Bundes. Wenn der Herr Vorredner nun das Verlangen ausgesprochen hat, daß wir wegen der luxemburger Frage einen Krieg hätten anfangen sollen, so steht er mit seiner Ansicht ziemlich isolirt da, und befindet sich durchaus im Widerspruch mit einem andern Vorredner, der die Adresse deshalb bekämpft hat, weil sie die Sicherheit des Friedens beeinträchtigen könnte. Er wünscht einen Krieg, geführt für einen geringeren Gegenstand, als der ist, welcher durch die Adresse gewahrt werden soll. Er wollte die Nation in einen Krieg gestürzt sehen, um eines Garnisonrechts willen, das wir nicht einmal als zweifelloses Recht ansehen konnten, ein Recht, das erloschen war mit Auflösung des Bundes und das gegen den Willen des Souveräns nicht fortgeführt werden konnte. Wenn wir es deshalb vermieden, die Frage bis auf das Aeußerste zu treiben, so verdient der König von Preußen noch den Dank der deutschen Nation, daß er der naheliegenden Versuchung, sein siegreiches Heer zu neuen Triumphen aufzurufen, widerstanden hat. Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere selbst in den Krieg zu führen und zu leiten. Sie kennen die Gefahren und Leiden des Krieges und sehen in das brechende Auge des sterbenden Kriegers; das würden sie aber nicht mit ruhigem Gewissen thun können, wenn sie sich sagen müßten, daß der Krieg mit Ehren zu vermeiden gewesen wäre. Diese väterlich monarchische Regung war es denn auch, welche den König von Preußen bewog, der luxemburger Frage wegen, wodurch nicht unsere Unabhängigkeit bedroht und kein zweifelloses Recht aufgegeben wurde, nicht Tausende von Menschen auf dem Schlachtfelde zu opfern; diese Verantwortung, welche vielleicht der Herr Redner und seine Gesinnungsgenossen tragen zu können meinten, glaubte er nicht übernehmen zu können. Dazu kommt, daß ein vollständiger Ersatz für den Verlust durch die Neutralisirung des Gebietes und die hierfür gegebene Garantie gewährt worden ist, was den Werth der Festung durchaus ersetzt.

Gegen Al. II. spricht Abg. Schreck, ist aber bei der zunehmenden Unruhe des Hauses nicht verständlich.

Gegen Al. III. spricht Abg. Mammen: Es ist nicht zweckmäßig, bloß durch Phrasen eine Vereinigung mit Süddeutschland anzustreben. Man möge lieber etwas thun und nachholen, was man im Frühjahr versäumt, indem man die Verfassung in freiheitlicher Richtung ausbaue. Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich habe bei der allgemeinen Diskussion nicht das Wort ergriffen, weil es für den Vertreter der Regierung eine delikate Sache ist, sich über eine Adresse auszusprechen, die die ungetrübte öffentliche Meinung der Regierung vorführen soll. Ich will aber hier nur mit ein Paar Worten die Stellung der Regierung hierzu kennzeichnen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Wir sehen in der Adresse die Zusicherung, welche der Reichstag dem Süden, dem Auslande und den Bundesregierungen gegenüber abgiebt, daß die Regierungen in der Weiterverfolgung ihrer deutschen Politik auf ihn rechnen können. Aber wir fassen die Adresse nicht so auf, als ob der Reichstag die Regierungen zu rascherer Aktion drängen wolle, als die Sache es erfordert, als ob dadurch ihr Handeln mehr beschleunigt werden solle, als sorgfältige Erwägungen es gebieten. Wir unserer Seits glauben, daß jeder derartige Druck nicht nöthig sei und wir würden uns dadurch vom Standpunkt der ruhigen Erwägungen nicht abbringen lassen. Aber wir sind auch überzeugt, daß, wenn die deutsche Nation, Süden und Norden, die Einheit wollen, keine deutsche Regierung, kein deutscher Staatsmann stark genug, kein deutscher Staatsmann muthig, oder, ich möchte vielmehr sagen, kleinmüthig genug sein wird, um dies hindern zu wollen. (Beifall.) Die Adresse wird nicht wollen, daß wir unsere reservirte Haltung gegen den Süden verlassen; ein solcher Druck würde auch eher das Gegentheil dieser Absicht erreichen.

Abg. Frhr. v. Rabenau betont die Nothwendigkeit eines baldigen Anschlusses der süddeutschen Staaten und beklagt, daß der in der zweiten hessischen Kammer den Anschluß Hessens betreffende Antrag von der ersten abgelehnt sei in Folge der Erklärung des Großherzoglichen Ministers von Dalwigk, daß Hessens Anschluß aus Rücksicht für Preußen, dem dadurch Verlegenheiten bereitet würden, noch unterbleiben müsse. — Bundeskanzler Graf Bismarck: Die eben citirte Aeußerung des Großh. hessischen Staatsministers ist mir damals entgangen, sonst würde ich auf diplomatischem Wege diese irrige Ansicht berichtigt haben. Ich kann versichern, daß die Königliche Regierung der Großherzoglichen zu dieser Aeußerung mit keinem Worte Veranlassung gegeben hat. Wäre der gewünschte Schritt damals erfolgt, so wären dadurch nicht für Preußen Verlegenheiten entstanden, sondern höchstens für die übrigen süddeutschen Regierungen, deren Stellung durch diesen Vorgang erschwert worden wäre. Der Herr Abg. Aegidi hat dies vorher mit Geschick und Sachkenntniß ausgeführt. Ich erkläre nochmals, daß ich die Aeußerung des Großherzoglichen Ministers in der ersten hessischen Kammer als begründet und zutreffend nicht ansehen kann. — Abg. Dr. Braun bemerkt in Betreff der Grundrechte, daß ihre Einführung nirgend in der Welt so fanatischen Widerstand gefunden habe, wie gerade in Baiern. (Heiterkeit.)

Zu Alinea V. des Adreßentwurfs verlangt Niemand das Wort. Zu Alinea VI. fühlt Abg. Hähnel (Kiel) sich verpflichtet, die Frage Nordschleswigs hineinzuziehen. Von der Abtretung war erst nach dem Wiener Frieden plötzlich die Rede, als einem Preise für die Annexion gleichzeitig mit der Mission des Fürsten Hohenlohe. Die Majorität dieses Reichstages als eine preußische hat die Verpflichtung, zu beweisen, daß sie den Verlust Nordschleswigs um jeden Preis vermeiden will.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Von einer Mission des Prinzen Hohenlohe ist mir, obwohl ich in jener Zeit ununterbrochen an der Spitze der Geschäfte gestanden, nichts bekannt. Ein Prinz Hohenlohe war bei der früheren gemeinschaftlichen Regierung des Herzogthums Schleswig zur Assistenz der dortigen Präsidiums beschäftigt, eine Mission hat er nie gehabt. Das ist eine Fiktion. Prinzipiell stehe ich nicht auf dem Boden des Vorredners. Ich halte eine Herrschaft Deutscher über widerstrebende Nationen, ich will nicht sagen, eine Herrschaft, aber ein Zusammenleben Deutscher in demselben Gemeinwesen mit solchen Nationen, die darnach streben, sich von diesem Gemeinwesen abzulösen, nicht für nützlich; mitunter aber ist es nothwendig. In Polen ist es nothwendig, wie ein Blick auf die Karte zeigt, und bei der Kenntniß der Geschichte, die ich bei dem Herrn Vorredner voraussetzen darf, wird die heutige Karte für ihn durchsichtig sein und die Grenzen der alten Republik Polen wohl durchscheinen lassen. Die Schwierigkeit liegt für uns nicht in der Cession von Dänen, die dänisch sein wollen, an Dänemark, daß wir ablehnen wollen, Dänemark zu geben, was dänisch ist, sondirn in der Mischung der Bevölkerung, daß wir Dänen nicht an Dänemark zurückgeben können, ohne Deutsche mit zurückzugeben. Wohnten sämmtliche Dänen auf einem Fleck an der Grenze und sämmtliche Deutsche diesseits, so würde ich es für eine thörichte Politik halten, diese Sache nicht mit einem Strich zu lösen und den Distrikt an Dänemark zurückzugeben. Ich halte es für eine einfache Folge derselben Politik, die wir in Deutschland befolgen. Sie gegen die Polen zu befolgen, ist unmöglich nach der geschichtlichen Entwickelung unseres Staates. Auf den mit Pathos erhobenen Vorwurf gegen Preußen anworte ich, daß die Schleswig-Holsteiner durch ihre dynastischen Intriguen selbst schuldig sind; sie waren nicht vor Allem Deutsche, sondern ihr Partikularismus war ihnen wichtiger. Dafür abzurechnen wird sich eine andere Gelegenheit finden. (Beifall.)

Zu Alinea VII. erhält Abg. Lasker das Wort, um die Verfassung gegen den Vorwurf zu schützen, als sorge sie nur um die materielle Frage des Magens. Die Sorge für ein gemeinsames Straf- und Civilrecht, für Schutz gegen Justizverweigerung, für Erweiterung des Budgetsrechtes sind ideelle Aufgaben, die ganze Verfassung ist voll von ihnen, die Adresse faßt sie zusammen unter dem Ausdruck geistige und sittliche Güter. Selbst die Freizügigkeit ist nicht blos eine Frage für Handel und Verkehr. — Abg. Mammen: Das Ausgabe-Budget des Etats des norddeutschen Bundes beträgt 72 Millionen, davon sind 66½ Millionen der Kontrolle des Reichstages entzogen. Sie können jetzt Ihre weise Sparsamkeit üben an 5½ Millionen. (Unruhe.)

Die Spezialdebatte ist geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Schaffrath: Ich konstatire nur, daß der Abg. Lasker mehrere Aeußerungen, welche ich als von Andern gefallen citirt habe, mir selber in den Mund gelegt hat.

Man kommt zur Abstimmung. Der Antrag auf motivirte Tagesordnung wird abgelehnt (dafür nur die Unterzeichner.) Ebenfalls abgelehnt wird das Amendement Reichensperger. Die Adresse selbst wird sodann in namentlicher Abstimmung mit 157 gegen 58 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Abgg. Ausfeld, Bebel, Dr. Becker (Dortmund), Becker (Oldenburg), Blum (Cöln), Dr. Böckel, v. Buchowski, v. Chlapowski (Kosten), Cornely, v. Czarlinski, Duncker, Försterling, Dr. Francke, Dr.

Fühling, Gebert, v. Graeve, Günther (Sachsen), Hanel, v. Hammerstein, Harkort, Heubner, v. Hilgers, v. Jackowski, Jensen, Jordan, Kantak, von Kirchmann, Knapp, Kraus, v. Kwilecki. v. Loë, Dr. Löwe. Liebknecht, Mammen, v. Münchhausen, Oehmichen, v. Radkiewicz, Rang, Reeder, Reichensperger, Dr. Reincke, Richter, Riedel, Rohland, Runge, Russel, Sachße, Dr. Schaffrath, Dr. Schleiden, Schreck, Schulz, Dr. Schwarze, Dr. von Schweitzer, Dr. Waldeck, Dr. Wigand, Dr. Wiggers (Berlin), v. Zehmen, Ziegler.

Der Präsident erklärt, daß er die Entschließung Sr. Majestät über Zeit und Ort des Empfanges der Deputation zur Ueberreichung der Adresse einholen nnd demnächst dem Reichstage davon Kenntniß geben werde.

Der Präsident ernennt zu Referenten über den Laskerschen Gesetz-Entwurf die Agg. v. Saltzwedell und Dr. Braun (Wiesbaden.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen. In der Sitzung am Freitag wird die Vorberathung über den Etat beginnen.

Danzig, 23. September. Die unter Kommando des Kapitän-Lieutenant Przewisinski hier zur Reparatur eingetroffene Königliche Dampfjacht „Grille" wurde am Sonnabend außer Dienst gestellt.

Hannover, 24. September, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Provinziallandtages brachte v. Bennigsen unter einstimmiger Unterstützung der Versammlung den Urantrag ein, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, sie möge den Domanial-Ablösungsfonds der Provinz Hannover als Provinzialfonds überweisen. In der Lotterie-Angelegenheit beschloß die Versammlung, die Regierung zu ersuchen, die Ausführung der die Aufhebung der Landeslotterien aussprechenden Verordnung hinauszuschieben.

Hannover, 24. September, Abends. (Priv.-Dep. d. B. B.-Z.) Der hannöversche Provinzial-Landtag hat sich gutachtlich mit großer Majorität für das Fortbestehen der hannöverschen und osnabrückschen Lotterie erklärt.

Frankfurt a. M., 24. September, Abends. Das heutige „Amtsblatt" publizirt eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten v. Möller, welche ankündigt, daß vom 1. Oktober an die Königliche Regierung in Wiesbaden in Wirksamkeit tritt und gleichzeitig die Königliche Administration der Landesregierung und des Finanzkollegiums in Wiesbaden, ferner das Civilkommissariat und die Landesregierung in Homburg, sowie das Civilkommissariat in Frankfurt aufgehoben werden.

München, 24. September, Nachmittags. Die amtliche „Baierische Zeitung" bespricht die Veranlassung zu dem Seitens der Regierung dem Grafen Hegnenberg gemachten Anerbieten zur Uebernahme des Gesandtschaftspostens in Berlin, indem sie die Wichtigkeit dieses Postens sowie die Geeignetheit des Grafen für denselben betont. Zuerst habe Hegnenberg wegen Gesundheits- und Familienverhältnisse abgelehnt. Ein wiederholter Versuch, Hegnenberg zur Uebernahme des Postens zu bewegen, sei um so mehr gerechtfertigt gewesen, als derselbe mit der auswärtigen Politik der baierischen Regierung im Wesentlichen vollkommen einverstanden sei. Hegnenberg halte ebenso wie die leitenden Staatsmänner ein Bündniß mit Frankreich, eine Hegemonie Oesterreichs über Süddeutschland, aber auch den sofortigen unbedingten Eintritt Baierns in den norddeutschen Bund für unzulässig. Die Fortsetzung der Verhandlungen habe indessen noch Gründe persönlicher Natur ergeben, welche schließlich dem Grafen Hegnenberg die Annahme des Postens als unthunlich haben erscheinen lassen. Das amtliche Blatt schließt mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, die Dienste des so reich begabten Mannes in einer geeigneten Stellung für den baierischen Staat nutzbar zu machen.

München, 24. September, Nachm. In der heute erschienenen Probenummer der „Süddeutschen Presse" wird im Anschluß an das bereits veröffentlichte Programm letzteres weiter ausgeführt. Es wird ausgesprochen, daß die Gründung eines süddeutschen Bundes nur deshalb wenig Aussicht auf Erfolg habe, weil man die einfachen Wege, auf denen die Erreichung dieses Zieles möglich sei, nicht betrete. Zunächst wäre ein gleichartiger Beschluß der süddeutschen Landtage zur unverzüglichen Einberufung eines Parlamentes des süddeutschen Bundes, dann ein Entschluß der süddeutschen Kabinette erforderlich, ihre diplomatische Vertretuug zu konzentriren. Die Ausführung würde von keinerlei äußeren Schwierigkeiten umgeben sein. Der norddeutsche Bund sei in Wahrheit kein Bund, sondern nur ein unfertiger Einheitsstaat. Es handle sich nicht um einen Anschluß an denselben, sondern um eine Einverleibung und Verschmelzung. Es sei indeß nicht zu leugnen, daß die Hoffnung noch nicht ganz geschwunden sei, auf friedlichem Wege eine dem nationalen Geiste und den Bedürfnissen Europas besser entsprechende Gestaltung der Dinge herbeizuführen; dazu sei erforderlich, daß Preußen auf die Unterstützung der russischen Pläne verzichtet und so die Möglichkeit einer Verständigung mit Oesterreich und Frankreich geben wird. Die „Süddeutsche Presse" werde die Aufgabe verfolgen, den deutschen Gedanken an Stelle des preußischen zu setzen. Schließlich wird das Verhältniß des neuen Blattes zu der Regierung dargelegt, und ausdrücklich erklärt, daß die Regierung an dem Programm keinerlei Antheil gehabt, und daß lediglich das Zusammentreffen des Entstehens der „Süddeutschen Presse" mit dem Aufhören der „Baierischen Zeitung" ersterer Seitens der Regierung eine Aufmerksamkeit zugewandt habe, welche vielleicht nicht in diesem Grade veranlaßt gewesen wäre, wenn das offizielle Organ fortbestanden hätte. Stellung und Wirksamkeit des aus freier Ueberzeugung der Regierung befreundeten Organs bleibe durchaus unabhängig.

Ausland.

Wien, 24. September, Abends. Die „Neue freie Presse" will aus angeblich zuverlässiger Quelle erfahren haben, Juarez mache die Auslieferung der Leiche Maximilian's von der Anerkennung der Republik Mexiko durch die europäischen Mächte abhängig.

Paris, 23. September. Es sind alle Anstalten getroffen, um sofort die Division Camou, die sich in Marseille befindet, und 4000 Mann, welche in Toulon liegen, nach Civita-Vecchia einschiffen zu können. In Florenz hat man Kenntniß von den Absichten der französischen Regierung, und dies scheint Rattazzi hauptsächlich bestimmt zu haben, gegen Garibaldi und seine Leute energisch einzuschreiten. Alle Vorstelluugen, die man demselben machte, blieben jedoch fruchtlos und er ist nach der Grenze abgegangen, um seine letzten Vorbereitungen zu treffen.

Paris, 24. September, Abends. Die „Patrie" meldet, daß Garibaldi sich in die Berge an der Grenze begeben hat; man glaubt, daß derselbe sich bereits unmittelbar an der Grenze aufhalte; es soll Ordre gegeben sein, ihn zu verhaften. Demselben Journal zufolge werden in Toulon Vorbereitungen getroffen, um Schiffe bereit zu stellen; man versichert, die Flotte werde alsbald Befehl erhalten, sich an die römische Küste zu begeben; auch sollen bereits alle Anstalten getroffen sein, welche für den Fall einer Einschiffung von Truppen erforderlich sind.

Paris, 24. September, Abends. Der heutige „Abendmoniteur" enthält eine Depesche aus Florenz, welche meldet, daß Garibaldi in Asinalunga auf Befehl der italienischen Regierung verhaftet ist und zwar in dem Augenblicke, wo er die Grenze passiren wollte.

Pommern.

Stettin, 25. September. Der Betrüger, welcher unter dem Namen des „General Vetter" seit einer Reihe von Wochen an verschiedenen Orten — so auch, wie seiner Zeit gemeldet, in Stettin — allerlei Prellereien verübt hat, ist vorgestern in Neumarkt (in Schlesien) verhaftet und als ehemaliger Kunstreiter Namens Emanuel Prinz, aus Breslau, entlarvt.

— In der vorletzten Nacht wurde wiederum bei dem Restaurateur Julien auf Elisenshöh' ein Einbruch verübt. Die Diebe haben die vor dem Fenster der Speisekammer befindlichen eisernen Traillen losgebrochen, sind sodann eingestiegen und haben eine nicht unbedeutende Menge von Vorräthen der verschiedensten Art gestohlen.

— Gestern hat sich der bisherige Polizei-Kommissarius in Stargard, Herr Schuhmacher, auf seinen neuen Posten nach Frankfurt a. M. begeben, um denselben am 1. k. M. anzutreten.

— Auf dem heutigen Fleischmarkte fiel ein Mädchen mit einem Teller in der Hand so unglücklich über einen Stein, daß sie sich mit den scharfen Scherben desselben die Adern und Sehnen des linken Armes total zerschnitt. Sie mußte zur Kur nach dem Krankenhause geschafft werden.

— Gestern Abend ist der Sohn des Kahnschiffers Nagel aus Marienwerder zwischen der Baum- und Langenbrücke aus einem Anhang (Boot) muthmaßlich über Bord gefallen und ertrunken. Den Anhang fand man heute früh am Packhofsbohlwerk angebunden.

— Ein Theil des vor einigen Nächten bei dem Gutsbesitzer W. Schmiede auf Wendorf gestohlenen Federviehs, u. A. die Perlhühner, sind auf dem heutigen Wochenmarkt bei Händlern in Beschlag genommen worden. Gleichzeitig wurden Hühner bei jenen Händlern vorgefunden, die von einem erst in der letzten Nacht bei dem Chausseegelderheber zu Staffelde verübten Einbruch herrührten. Nach Ausweis der Händler ist dies Federvieh durch einen in der Greifenhagener Gegend wohnenden Aufkäufer in ihre Hände gelangt, auf den gefahndet wird.

Stettin, 25. September. Aus der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung berichten wir im Anschluß an unser Referat im Morgenblatte noch Folgendes: In Gemäßheit des vor einiger Zeit von den Herren Dr. Wolff, Steinicke und Reimarus gestellten Antrages: „Das Reglement vom 15. Juli 1859 über die Einquartiruugslast während einer Mobilmachung einer Revision zu unterwerfen", hat Herr Kämmerer Hoffmann auf Grund der vom Magistrat bei verschiedenen anderen größeren Kommunen eingezogenen Information einen umfassenden Bericht ausgearbeitet, in dem als Hauptprinzip aufgestellt ist, daß die Einquartirung im Wege der Ausmiethung von den städtischen Behörden geregelt und die Aufbringung der Ausmiethungskosten durch Zuschläge zu der gesammten direkten Kommunalsteuer bewirkt werde. Der Magistrat hat nun in der Sache noch keinen Beschluß gefaßt, wünscht vielmehr die Niedersetzung einer gemischten Kommission zur gründlichen Vorberathung der Angelegenheit. Herr Dr. Wolff sprach sich im Allgemeinen gegen den Wunsch des Magistrats aus. Der eigentliche Zweck einer Verständigung zwischen beiden städtischen Behörden werde, wie die Erfahrung in früheren Fällen gelehrt, durch solche Kommission entschieden nicht erreicht. Der Magistrat möge bestimmte Vorschläge machen und dieselben der Versammlung demnächst zur Annahme oder Amendirung vorlegen. Viel wichtiger wie die Kommissionsberathung, erscheine es ihm — namentlich bei tief einschneidenden Reformen, wie solche in der städtischen Verwaltung jetzt mehrfach beabsichtigt würden — daß nicht nur der Versammlung, sondern der ganzen Bürgerschaft Gelegenheit gegeben werde, über derartige Fragen sich zu äußern, damit man die öffentliche Meinung wirklich kennen lerne. Er empfehle deshalb auch in diesem Falle die Ablehnung des Magistratsantrages. Hr. Tiessen hält den Magistrats-Vorschlag dagegen für eine mit Freuden zu begrüßende Neuerung. Die jetzt vorgeschlagene Kommissionsbildung habe den Zweck freier Besprechungen und gewährten letztere jedenfalls einen sicheren Erfolg, als in früheren Fällen, in denen der Magistrat zu der betreffenden Frage schon bestimmte Position genommen habe. Der Referent, Herr Justiz-Rath Pitzschky empfiehlt den Vorschlag des Magistrats ebenfalls als äußerst zweckmäßig; auch Herr Dr. Zachariä ist mit Herrn Tiessen und dem Referenten einverstanden, wobei er noch besonders hervorhebt, daß auf diese Weise spätere Konflikte zwischen Magistrat und Stadtverordneten am sichersten vermieden würden. Nach einer Schlußerklärung des Hrn. Bürgermeisters Sternberg wurde der Magistratsantrag mit großer Majorität angenommen. Es sollen aus jeder Abtheilung zwei Mitglieder in die Kommission deputirt werden. Die Wahl fiel auf die Herren: Kaseburg, H. Schultz, Fuchs, Dr. Zachariae, Koch, Keppler, Müller und Rentier W. Schmidt.

In der Sitzung am 14. Mai d. J. hat die Versammlung sich in Folge Ermäßigung der Hafenabgaben mit einer Erhöhung der Personal-Kommunalsteuer einverstanden erklärt, gleichzeitig aber eine Reform der Steuerverhältnisse verlangt. Der Magistrat erkennt die Zweckmäßigkeit dieser Reform, soweit sie die direkten Steuern betrifft, ebenfalls an. Herr Dr. Wolff, welcher über das bezügliche Schreiben des Magistrats referirt, hebt, nachdem die Versammlung bei der vorigen Frage die vom Magistrat auch hier gewünschte Bildung einer gemischten Kommission im Allgemeinen als zweckmäßig anerkannt hat, die Nothwendigkeit hervor, darüber zunächst schlüssig zu werden, ob die Ansicht adoptirt werde, daß es sich nur um die Reform der direkten Steuern handle. Eine derartige Beschränkung erscheint ihm durchaus nicht angemessen, er wünscht vielmehr, daß man den Magistrat ersuche, auch die indirekten Steuern bei der Berathung nicht von vorne herein außer Beachtung zu lassen. Der Herr Kämmerer Hoffmann empfiehlt zur Vereinfachung der Sache die vorläufige Beschränkung der Reform, dem Beschlusse des Magistrats gemäß, auf die direkten Steuern. Herr Tiessen hebt hervor, daß der bezügliche Beschluß der Versammlung wegen Ermäßigung der Hafenabgaben darauf basire, eine Reform des gesammten Steuersystems eintreten zu lassen. Er beantragt deshalb: die Wahl einer Kommission einstweilen auszusetzen und den Magistrat zu ersuchen, die beschränkende Bestimmung zunächst zurückzuziehen. Herr Dr. Meyer für den Tiessen'schen Antrag. Herr Kämmerer Hoffmann betont, daß der Magistrat aus dem vorliegenden Beschlusse nicht mit Nothwendigkeit habe folgern können, daß man auch die indirekten Steuern sofort reformiren wolle. Herr Dr. Zachariae empfiehlt, den Magistratsantrag anzunehmen und die niederzusetzende Kommission zu beauftragen, die Prinzipien speziell zu berathen, inwieweit die Reform auszudehnen sei. Herr Dr. Wolff: Es könne sich nur darum handeln, ob auch gleichzeitig auf die Beseitigung der Mahl- und Schlachtsteuer hingewirkt werden solle. Herr Tiessen: Bei der Fassung des mehrerwähnten Beschlusses habe es sich schon darum gehandelt, eine indirekte Steuer (die Hafenabgabe) durch eine direkte (die Kommunalabgabe) zu ersetzen, deshalb könne auch die Absicht nicht verkannt werden, daß man eine Reform sämmtlicher Steuern von vorne herein im Auge gehabt habe. Herr Bürgermeister Sternberg giebt eine längere sachliche Auseinandersetzung, er bittet, die vorliegende Frage nicht unnöthig zu kompliziren und empfiehlt schließlich die einfache Annahme des Magistratsantrages. Nachdem Herr Dr. Wolff seinen Antrag zu Gunsten des von dem Herrn Tiessen gestellten Antrages zurückgezogen, wird letzterer bei der Abstimmung abgelehnt, der Antrag des Magistrats dagegen angenommen und in Folge dessen beschlossen, in die betreffende Kommission aus jeder Abtheilung ebenfalls zwei Mitglieder zu deputiren. Gewählt wurden die Herren: Radbow, Tiessen, Calebow, Dr. Zachariae, Rinck, Klesch, Haker und Pitzschky.

Der seit dem Jahre 1850 pensionirte, 71 Jahre alte frühere Kirchendiener Jordan hat sich in Folge eines seine Aufnahme in das Johanniskloster ablehnenden Bescheides der Johanniskloster-Deputation mit einem neuen Gesuche an die Versammlung gewendet, welches letztere dem Magistrat zur Aeußerung überwiesen wird. Der ablehnende Bescheid gründet sich darauf, daß der Bittsteller durch 5jährigen Wohnsitz in Swinemünde, wie angenommen ist, hier sein Domizil verloren hat. — Zum Vorsteher der 1. Armen-Kommission wurde seines schriftlichen Protestes ungeachtet, der Kaufmann Brötzmann am Bohlwerk gewählt. Die Gesuche der Kaufleute W. Krüger und Ferd. Spiller wegen Entbindung von dem Amte als Armen-Kommissionsvorsteher wurden bei mangelnder gesetzlicher Begründung abgelehnt und wird die Versammlung bei allen Gesuchen wegen Dispensation von der Verwaltung unbesoldeter Kommunal-Aemter — um nicht durchaus unbegründete Weigerungen irgendwie zu unterstützen — von jetzt ab ganz strenge nach der Bestimmung der Städteordnung verfahren, welche jeden Bürger mit wenigen genau präzisirten Ausnahmen verpflichtet, eine derartige Stellung zu übernehmen und 3 Jahre lang zu verwalten. — Die Herren Richter, Krasemann, Lange und Sauerbier, Parzellenerwerber von Petrihof, haben sich mit einem Antrage an die Versammlung gewendet, in welchem sie mit Bezug auf die bekannten Vorgänge (verweigerter Erlaubniß zur Bebauung der der von der Stadt gekauften Parzellen) anfragen, wie weit die Sache jetzt gediehen sei und gleichzeitig bitten, die Versammlung möge den Magistrat veranlassen, ihnen bis zur definitiven Entscheidung der Sache die Seitens des Magistrats beharrlich von ihren fortlaufend eingezogenen Zinsen der Kaufgelder zu stunden. Der Referent, Herr W. Koch, befürwortete den zweiten Theil des Antrages sehr warm. Herr Syndikus Giesebrecht theilt mit, daß die Königl. Regierung zugesagt habe, die Sache bei den Herrn Ministern des Innern und des Handels nochmals zum Vortrage zu bringen und habe der Magistrat unterm 28. April der Königl. Regierung den verlangten Situations- resp. Bebauungsplan von Petrihof eingereicht. Seit jener Zeit sei er ohne weitere Nachricht über die Sachlage und werde sich die definitive Entscheidung voraussichtlich auch noch einige Zeit verzögern. Er spricht sich indessen aus den schon früher dargelegten Gründen, wonach der Magistrat beim Verkauf der Parzellen durchaus korrekt verfahren sei, gegen die beantragte Zinsstundung aus. Herr Tiessen empfiehlt, abzuwarten, ob die Petenten einzeln beim Magistrat vorstellig werden und welche Anträge letzterer sodann bei der Versammlnng stellen werde. Herr Dr. Wolff betont, daß diese Angelegenheit nicht nur von Mitgliedern der Versammlung, sondern, wie sich denken lasse, auch von einem größeren Theile des Publikums so aufgefaßt werde, als ob der Magistrat gegen die Parzellenerwerber doch unrecht gehandelt habe und eine solche Ansicht schade jedenfalls dem Ansehen der städtischen Behörden. Er empfehle deshalb die Annahme des Antrages entweder des Referenten oder des Herrn Tiessen. Herr Reimarus meint, durch eine derartige Annahme würde man das, seiner Ueberzeugung nach durch nichts gerechtfertigte, Zugeständniß machen, daß das, was früher als ein Recht ausgesprochen, heute als ein Unrecht erkannt werde. Herr Leo Wolff, für den Antrag des Referenten, hebt hervor, daß nicht sämmtliche Mitglieder der Versammlung das Verfahren des Magistrats für legal erkannt; er seinerseits sei auch jetzt noch nicht davon überzeugt, und er stehe durchaus nicht vereinzelt mit seiner Ansicht da. Seiner Ausführung schließt sich auch Herr Rinck mit warmer Befürwortung des Antrages auf Zinsstundung an. Die Abstimmung ergab die Verwerfung des vom Referenten gestellten Antrages mit 20 gegen 19 Stimmen, ebenso die Ablehnung des Tiessenschen Antrages und wird das vorliegende Gesuch demzufolge nun dem Magistrat zur abschlägigen Bescheidung der Petenten überwiesen. — Wegen vorgerückter Zeit wurden die übrigen Berathungsgegenstände von der Tagesordnung abgesetzt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 25. September. Witterung: regnerisch. Temperatur + 9° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco per 2125 Pfd. gelber 86—96 Rt. bez., feiner 98—100 Rt. bez., 83—85pfd. gelber September-Oktober 94, 93½ Rt. bez., Oktober-November 90 Rt. bez., Frühjahr 87 Rt. bez.

Roggen schließt matter, pr. 2000 Pfd. loco 68—73 Rt. bez., 82pfd. 74 Rt. bez., 84pfd. 75 Rt. bez., September 72 Rt. Gd., September-Oktober 70, 69¾ Rt. bez. u. Br., Oktober-November 67¼ Rt. Br., November-Dezember 65½ Rt. bez., 65 Rt. Br., Frühjahr 63, 62½ bez.

Gerste loco per 70pfd. Oderbruch 46—47¼ Rt. bez., schlesische 48 bis 50½ Rt. bez., geringe Neisser 50 Rt. bez, oberschlesische 50—51½ Rt. bez., mährische 50—52 Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 32—33 Rt. bez., 47—50pfd. September-Oktober 32½ Rt. Gd., Frühj. 32½ Rt. bez.

Erbsen loco 66—70 Rt. bez., Frühj. Futter- 60 Rt. Br.

Winterraps 81—85 Rt. bez.

Winterrübsen 80—83 Rt. bez.

Rappkuchen loco 1 23/24—2 Rt. bez.

Petroleum Kleinigkeiten 7½ Rt. bez, bei Partien 7 5/12 Rt. Br.

Rüböl fest, loco 11 5/12 Rt. Br., September-Oktober 11 1/6, 5/24 Rt. bez., 11¼ Br. Oktober-November 11¼ Rt. Br., April-Mai 11⅔ Rt. Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 22⅓ Rt. bez, September 21⅝ Rt. Br., Septbr.-Oktober 21 13/24 Rt. bez., ½ Gd., Oktober-November 19 Rt. Br. u. Gd., Frühjahr 18½ Rt. Gd.

Regulirungspreise: Weizen 99, Roggen 72, Rüböl 11¼, Spiritus 21⅚.

Landmarkt.

Weizen 88—96 Rt., Roggen 70—78 Rt., Gerste 44—50 Rt., Erbsen 62—66 Rt. per 25 Schffl., Hafer 30—33 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr Schock 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15 bis 25 Sgr.

Hamburg, 24. September. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest, auf Termine beschränktes Geschäft. Weizen per September 5400 Pfd. netto 168 Br., 167 Gd., pr. Herbst 158½ Br., 158 Gd. Roggen auf Termine höher, pr. September 5000 Pfd. Brutto 120 Br., 119½ Gd., per Herbst 116½ Br., 116 Gd. Hafer fest. Oel behauptet, loco 24⅛, per Oktober 24⅛, per Mai 25⅛. Spiritus ohne Umsatz, 31¾. Kaffee verkauft 1680 Sack Rio schwimmend. Zink 7500 Ctr. loco 14 Mk. 6 Sh.; 1000 Ctr. schwimmend 14 Mk. 4 Sh. — Regenwetter.

Stettin, den 25. September.

Hamburg	6 Tag.	150¾ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	150⅜ bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	142¾ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10Tag.	6 24¾ bz	St. Strom-V.-A.	4	—
"	3 Mt.	6 23¾ G	Pr. National-V.-A.	4	113 B
Paris	10 Tg.	81¼ bz	Pr. See-Asseсuranz	4	—
"	2 Mt.	—	Pomerania	4	113 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	103½ B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	82⅜ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
"	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
" "	5	—	Bredower "	4	—
St.-Schldsch.	3½	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
" "	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
" Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania		94½ B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan		85 B
" Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	101 B
" "	4½	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E.A.	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
" Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4½	96 B	Gemeinn. Bauges.	5	—